

WAHLKREIS 48 – LÜNEBURG-LAND

KANDIDAT: Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE)

.....

Allgemeine Auftaktfrage

Priorisieren Sie die folgenden Schulthemen: Unterrichtsversorgung, Schulsozialarbeit, Inklusion, Digitalisierung, Infektionsschutz - welche sind Ihre Top 3?

Lock-Down und Homeschooling haben schonungslos die Schwächen offengelegt. Priorität haben für mich die individuellen Bedürfnisse der Schüler*innen. Studien haben gezeigt, dass Schulsozialarbeit ein wichtiger Baustein ist, deshalb ist mein TOP 3:

1. Unterrichtsversorgung
2. Inklusion
3. Schulsozialarbeit

.....

Frage 1: Unterrichtsversorgung

Die gängige Praxis der Lehrerabordnungen an unterversorgte Schulen sorgt für eine Zusatzbelastung des Lehrpersonals und ist insbesondere in Pandemiezeiten kritisch zu sehen.

Es gibt ständig unterversorgte „Empfängerschulen“. Dem gegenüber erreichen ständig abgebende Schulen auch nicht mehr die 100 % Versorgung.

In der Vergangenheit sind die Berechnungen zur Unterrichtsversorgung immer wieder verändert worden, um überhaupt Zahlen nahe einer 100% igen Versorgung errechnen zu können.

„100 %“ bedeutet aber, dass schon die durch z.B. Krankheit oder Klassenfahrten fehlenden Lehrerstunden in der Summe nicht ausgeglichen werden können, weil kein Puffer vorhanden ist.

Einen solchen hat es in der Vergangenheit aber in Niedersachsen schon mal gegeben, einige andere Bundesländer haben ihn ebenfalls oder streben ihn zumindest an.

Bildungsverbände fordern seit langem als Richtmarke eine Unterrichtsversorgung von 105-110%.

Was unternehmen Sie für eine flächendeckende, ausreichende Versorgung mit Lehrkräften an jeder Schule, um Abordnungen wieder zur Ausnahme zu machen?

Wie die Landeszeitung neben vielen weiteren Medien zum Schuljahres-beginn titelte, reicht eine ca. 98%ige Unterrichtsversorgung absolut nicht aus. In jedem Unternehmen würden Krankheit, Elternzeiten etc. in die Planungen einfließen. Wir benötigen ehrlicherweise etwa 107% Lehrkräfteversorgung, damit wirklich alle Angebote in den Schulen stattfinden können. Die Berechnung der Unterrichtsversorgung ist also bisher völlig intransparent und wird zudem schöngeredet. Zuerst einmal sind also Ehrlichkeit und Transparenz gefordert. Das haben Lehrkräfte, Schulleitungen aber auch Schüler*innen und Eltern verdient. Wir müssen seitens der Politik klar kommunizieren, wo Missstände liegen, wie wir sie beheben wollen und welche Kraftanstrengungen im Übergang nötig sind. Nur so gelingt eine gemeinsame Aufbruchsstimmung im Bildungsbereich, die alle an Schule Beteiligten mitnimmt. Ich schlage für diesen Aufbruch langfristige und nachhaltige Maßnahmen vor, die von kurzfristigen Maßnahmen begleitet werden.

Kurzfristig werden die folgenden vier Maßnahmen den Beteiligten helfen:

1. In Niedersachsen werden nicht nur zu wenige Lehrkräftestellen ausgeschrieben, diese können zu einem nicht unerheblichen Teil auch nicht besetzt werden. Die nicht besetzten Stellen fließen als Einsparung vom Kultusministerium an das Finanzministerium zurück. Ich möchte, dass dieses Geld den Schulen zur Verfügung gestellt wird, damit diese ihren Bedarfen entsprechend anderes Personal zur Entlastung einstellen können. Das können beispielsweise Verwaltungsfachkräfte sein, die bei der Schulverwaltung

unterstützen, sodass die dort tätigen Lehrkräfte entlastet sind und ggf. mehr unterrichten können. Natürlich ist auch die Einstellung von pädagogischem Personal denkbar, hier weiß jede Schule selbst am besten, was kurzfristig hilft.

2. In den letzten Jahren wurden Quereinstiege zur Entlastung des Lehrkräftemangels ausgeweitet. An dieser Praxis müssen wir zunächst als Übergangslösung festhalten. Wichtig ist aber, dass wir den Quereinstieg aktiv gestalten, statt den Prozess mit der Einstellung abzuschließen. Ich möchte, dass es zum Quereinstieg eine pädagogische und didaktische Begleitausbildung gibt. Damit werden die neu eingestellten Lehrkräfte entlastet, wir investieren in die Qualität des Unterrichts. Es ist mir wichtig, dies mit dem quantitativen Ausbau gemeinsam zu denken.

3. Außerdem möchte ich einen Sozialindex einführt, auf dessen Grundlage den Schulen gezielt zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, sofern die Schule schwierige Rahmenbedingungen hat. So können schnell Entlastungen geschaffen und Arbeitsbedingungen verbessert werden. Damit einher geht der Ausbau von multiprofessionellen Teams, der unbedingt vorangetrieben werden sollte.

4. Zurzeit hören sehr viele Lehrkräfte vorzeitig auf (Frühpensionierung) und stehen somit gar nicht mehr zur Verfügung. Grund ist Studien zufolge die hohe Belastung. Die Wiedereinführung der Altersermäßigung hält die Lehrkräfte zwar mit reduzierter Stundenzahl dafür aber bis zum eigentlichen Pensionsalter mit vielen Stunden im System. Diese Maßnahme zeigt relativ kurzfristig Wirkung.

Wichtig ist, sich langfristig und nachhaltig auf den Weg zu einer guten Unterrichtsversorgung mit ausreichend Fachkräften zu machen. Dazu schlage ich folgende Maßnahmen vor:

1. Es ist unverständlich, dass die Zahl der Studienplätze nicht an die Bedarfe angepasst wird. Aufgrund der Geburtenzahlen ist eine langfristige Planung eigentlich problemlos möglich und kontinuierlich anpassbar. So eine funktionierende Bedarfsanalyse mit einer Anpassung der Studienplätze möchte ich auf den Weg bringen.

2. Die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte müssen verbessert werden. Das heißt für mich vor allem auch Entlastungen für die tatsächlich erledigten Aufgaben (Entlastungsstunden). So gehen weniger Lehrkräfte in Teilzeit. Auch die übrigen Ergebnisse, die die Arbeitszeitkommission vor einigen Jahren ermittelt hat, sollten umgesetzt werden. Hierfür wurden bisher allerdings keine Haushaltsmittel durch die Landesregierung eingeplant.

3. Eine gleiche Bezahlung (A13) aller Lehrkräfte könnte den besonders hohen Bedarf an Grund-, Haupt- und Realschullehrkräften regulieren. Zur Zeit pendeln viele dieser Lehrkräfte gerade aus Lüneburg in Nachbarbundesländer, die bereits A13 für die gleiche Arbeit zahlen. Leider wurden auch hierfür keine Haushaltsmittel eingeplant und unser diesbezüglicher Änderungsantrag zum Doppelhaushalt abgelehnt.

.....

Frage 2: Lehrkräfteaus- und weiterbildung

In der Thematik der unzulänglichen Unterrichtsversorgung steckt die mangelnde Aus-/Fortbildung neuer Lehrkräfte. Dabei ist qualifizierter Nachwuchs besonders wichtig, um neuen Herausforderungen gerecht zu werden, wie Digitalisierung, Migration und Inklusion. Studienabbrüche und vor allem auch das Ausscheiden der ausgebildeten Lehrkräfte durch Überlastung und Überforderung aus dem Schuldienst müssen verhindert werden.

Was unternehmen Sie, damit mehr Menschen den Lehrerberuf ergreifen, gut aus- und weitergebildet werden und ihm dadurch – hoffentlich - treu bleiben?

Die bei Frage eins genannten Maßnahmen helfen Menschen für den Lehrer*innenberuf zu interessieren und würden den Beruf attraktiver machen. Es braucht eine zusätzliche Entlastung der Schulleitungen was von der Landesregierung bisher nur versprochen aber nicht umgesetzt wurde. Wir GRÜNE sehen ein weiteres Problem in der bisherigen Ausbildung der Lehrkräfte nach Schulform. Abordnungen an andere Schulformen sind an der Tagesordnung, gut vorbereitet fühlen sich die meisten Lehrkräfte nicht. Wir streben deshalb eine deutlich praxisorientiertere Stufenlehrkräfteausbildung mit höheren Praxisanteilen an, in der das zu unterrichtende Alter der Schüler*innen und die damit verbundenen pädagogischen Herausforderungen im Fokus stehen.

.....

Frage 3: Schulsozialarbeit

Alle Schulen sollten mit Schulsozialarbeit versorgt werden. Obwohl dieses Ziel nicht erreicht ist, hat sich das Land Niedersachsen aus der Finanzierung zurückgezogen und im Doppelhaushalt 22/23 keine Mittel dafür vorgesehen.

Was würden Sie unternehmen, um die Schulsozialarbeit an allen Schulen sicherzustellen?

Viele dringend an den Schulen notwendige Verbesserungen (A13/ Schulsozialarbeit/ Entlastungen und weitere) sind von der Großen Koalition nicht finanziell hinterlegt worden. Eine Finanzierung ist deshalb schwieriger, wenn auch weiterhin dringend nötig. Wir GRÜNE wollen die befristeten Verträge in der Schulsozialarbeit verlängern, damit weniger Schulsozialarbeiter*innen dem Beruf schnell wieder den Rücken kehren. Insgesamt möchten wir die Schulsozialarbeit aufstocken und Multi-professionalität an den Schulen ausbauen. Den bestehenden Stufenplan zum Ausbau der Schulsozialarbeit möchten wir endlich umsetzen, damit alle Schulen mindestens ein*e Schulsozialarbeiter*in hat. Über einen Sozialindex möchten wir darüber hinaus diejenigen Schulen besonders gut ausstatten, die ein besonders herausforderndes Klientel und Umfeld haben.

.....

Frage 4: Förderschule Lernen

Ein großes Ziel heißt: Inklusion an allen Schulen. Gleichzeitig ist der Bedarf für die reine „Förderschule LERNEN“ weiterhin gegeben. Ein Beispiel aus unserer Region:

Die Johannes-Rabeler-Schule in Lüneburg ist eine Förderschule Lernen in städtischer Trägerschaft. Die Nachfrage nach Plätzen an dieser Förderschule sowohl aus dem Stadtgebiet als auch dem Landkreis ist weiterhin hoch; der Erhalt aber bisher nur bis 2028 gesichert. Daher werden bereits ab 2023 keine neuen Schüler*innen mehr angenommen!

Wie würden Sie sich für die notwendige personelle und materielle Ausstattung der Schulform „Förderschule Lernen“ entsprechend des Bedarfes im Land bis 2028 und, falls nötig, darüber hinaus einsetzen?

Das Auslaufen der Förderschule Lernen ist gesetzlich beschlossen und viele Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen sind in ganz Niedersachsen bereits geschlossen. Zugleich wurden die von der jetzigen Landesregierung im eigenen Koalitionsvertrag beschlossenen Verbesserungen der Inklusion größtenteils nicht umgesetzt (z.B. Ausbau der multiprofessionellen Teams). Dennoch ist ein Offenhalten der wenigen noch bestehenden Förderschulen Lernen nicht sinnvoll. Die pro-pagierte ‚Wahlfreiheit‘ geht außerdem zu Lasten derjenigen Schüler*innen in der Inklusion an den Regelschulen, weil die Doppelstruktur das nötige Personal braucht. Hier gilt es anzusetzen und die Kompetenzen der Förderschullehrkräfte und der Eltern zu nutzen und gemeinsam für bessere Bedingungen zu streiten, damit kein Kind zurückbleibt. Bis die Ausstattungen an den Regelschulen dafür optimal sind, braucht es gute Übergangslösungen. Hierzu schlagen wir Grüne beispielsweise eine Ombudsstelle vor, die individuell für jedes Kind nach einer guten Lösung sucht.

.....

Frage 5: Inklusion

Der weiterhin hohe Bedarf nach der Schulform „Förderschule Lernen“ ist nur ein Beleg dafür, dass die Inklusion an Regelschulen noch nicht zufriedenstellend umgesetzt wird.

Dafür müssten Schulen besser ausgestattet werden, räumlich wie personell: mit Förderstunden, Schulbegleitung, Lehrerfortbildung, mit Differenzierungsräumen und mit niedrigeren Klassenteilern. Die kurzfristige Abschaffung der Doppelzählung von Inklusionskindern muss unbedingt wieder zurückgenommen werden.

Wie lautet Ihr Plan, um die Inklusion an allen Schulen umzusetzen?

Studien zeigen, dass alle Schüler*innen vom Lernen in heterogenen Gruppen profitieren und sie erzielen insgesamt bessere Bildungsabschlüsse. Wir wollen deshalb in die Inklusion investieren und sie nicht als Sparmodell weiterlaufen lassen. Mit dem von uns Grünen propagierten Niedersachsenfonds wollen wir auch in die Gebäude in den Schulen investieren. Bei Aus- und Neubauten möchten wir deshalb auf eine barrierefreie Infrastruktur und Gebäude achten. Wir wollen außerdem die wissenschaftliche Begleitung wieder aufnehmen, die rechtlichen Vorgaben vereinfachen und die personellen und sächlichen Ressourcen aufstocken. Die Regionalzentren für schulische Inklusion wollen wir stärken und zu echten Hilfs- und Kompetenzzentren machen.

.....

Frage 6: Digitalisierung und IT-Koordination

Im Rahmen der Digitalisierung benötigen Schulen fachliche Unterstützung bei der Betreuung der IT-Infrastruktur. Die Neueinstellungen halten nicht Schritt mit dem Bedarf.

(Dies könnte an der verhältnismäßig geringen Entgeltstufe liegen, die der Tarifvertrag für diese Stellen vorsieht.)

Gleichzeitig ist die Versorgung von Schulkindern aus finanziell schwachen Familien mit Tablets für digitale Bildung nicht so gewährleistet. Während Schulbücher, Taschenrechner usw. für solche Familien finanziert werden, gilt das nicht für Tablets. Wir brauchen hier dringend eine politische Lösung. Wir brauchen aber auch Lernmittelfreiheit für Tablets (get your own device) sowie Standards/Vorgaben durch das Land, was Ausstattung und Vergabeverfahren betrifft. Dabei ließen sich auch freiwerdende Budgets nutzen, wenn Tablets die bisher geförderten Taschenrechner und Schulbücher ersetzen.

Wie stehen Sie zur Lernmittelfreiheit und was unternehmen Sie

- **zur Ausstattung der Schulen mit IT-Fachpersonal?**
- **zur Ausstattung mit Hardware, WLAN und Cloud-Servern?**
- **zur Ausstattung der Schüler mit Tablets?**

Digitalisierung ist für mich kein Selbstzweck. Ich lehne eine flächendeckende Ausstattung aller Schüler*innen mit Tablets deshalb ab. Das dafür benötigte Geld sollte in die pädagogische Einbettung investiert werden. So wurden beispielsweise die Digitalprofessuren, die dafür zuständig sind, in den vergangenen Jahren nicht besetzt. Wichtiger als Tablets für alle ist die Aus-, Fort- und Weiterbildungen für die Lehrkräfte und gute Konzepte, sodass Digitalisierung als Werkzeug für einen in Teilen leichteren, abwechslungsreicheren und attraktiveren Unterricht genutzt werden kann. IT-Administrator*innen wollen wir extra für die Schule ausbilden und in Pools allen Schulen zur Verfügung stellen, bis es genügend Fachkräfte gibt. Die tarifliche Bezahlung ist eine Hürde, die durch diese spezielle Qualifizierung umgangen werden kann. Damit sich alle Schüler*innen ein Tablet leisten können, wollen wir die Lernmittelfreiheit wieder einführen, speziell für den Bereich der digitalen Endgeräte.

.....

Frage 7: Infektionsschutz an Schulen

Gem. Erkenntnissen der experimentellen Wissenschaft können während des Unterrichts mobile Luftfilter gegen indirekte Infektionen und Plexiglas-Trennwände mit umlaufender Kante gegen direkte Infektionen schützen. Unsere Schulen sind aber bis heute unzureichend mit dieser Technik ausgestattet, die Fördermittel sind ausgeschöpft. Der Einbau zentraler Lüftungsanlagen mit entsprechenden Filtern beginnt ansatzweise bei Schulneubauten - dieser Prozess dauert aber viel zu lange und wird der Pandemiesituation nicht gerecht.

Wie sehen lang- und kurzfristige Lösungen für Sie aus? UND: Sind Schulschließungen für Sie eine Option?

Studien zeigen, dass die Schulschließungen eklatante negative Auswirkungen auf viele Kinder und Jugendliche hatten. Es gilt deshalb erneute Schließungen unbedingt zu vermeiden. Schulen müssen so sicher wie möglich gemacht werden. Sollten dafür erneute Förderprogramme aufgelegt werden, sollten diese eine angemessene Antragsfrist haben und eindeutige Ziele verfolgen. Das war bei der Ausstattung mit mobilen Luftfiltern nicht der Fall. Meiner Meinung nach ist die Ballung der Schüler*innen zu Beginn und zum Ende des Unterrichtstages eines der größten Probleme. Versetzte Zeiten und andere flexible Lösungen können deshalb das Infektionsrisiko deutlich minimieren. Kostenlose Tests sowie ggf. das Tragen eines Mund-Nasenschutzes können weitere notwendige Maßnahmen sein, falls die Infektionszahlen weiter steigen. CO₂-Ampeln haben sich als hilfreich herausgestellt, Luftfilter (am besten stationär, aber auch mobil) sind nachweislich hilfreich.

.....

Frage 8: Raumbedarf an Schulen

Unter anderem durch Digitalisierung und Inklusion haben sich die Anforderungen an den Unterricht und die Räumlichkeiten an Schulen geändert. Für räumliche Ausstattung und Baumaßnahmen sind die Kommunen als Schulträger verantwortlich. Das Land muss Vorgaben machen, damit die Kommunen als Schulträger in der Pflicht sind und entsprechende Maßnahmen ergreifen. In den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen gibt das Land solche Standards vor.

Was sind Ihre Ideen für eine entsprechende Richtlinie?

Die Bedarfe an Räumen (qualitativ und quantitativ) sind grundsätzlich gestiegen. So gelten heute andere Maßstäbe an Akustik oder beispielsweise Differenzierungsmöglichkeiten als vor einigen Jahrzehnten. Wie bei vielen anderen öffentlichen Gebäuden auch wurde in den letzten Jahrzehnten bei der Sanierung und Modernisierung der Schulen gespart. Die Konsequenz sind häufig marode Gebäude – nicht barrierefrei und mit Schultoiletten, die niemand betreten möchte. Kurz gesagt: Sie werden den Ansprüchen an gutes Lernen und Lehren nicht gerecht. Das Land muss die Kommunen noch stärker unterstützen, denn etliche haben allein nicht die finanzielle Kraft, die Erfüllung der riesigen Bedarfe kurzfristig zu stemmen. Mit dem Niedersachsenfonds wollen wir auch in die energetische Sanierung und Modernisierung der Schulen investieren und hier die Kommunen unterstützen. Ziel muss es sein, die Bedarfe einmal grundsätzlich anzugehen, statt teure Flickschusterei zu betreiben. Wir wollen eine neue Schulbaurichtlinie betreiben und gemeinsam mit Bund und Kommunen Schulgebäude schaffen, die einer modernen Pädagogik entsprechen. Dabei sollen auch die Belüftungssituation und Hygieneanforderungen mitgedacht werden.

.....

Frage 9: Berufsorientierung

Vom Fachkräftemangel sind Schulen selbst stark betroffen und natürlich die regionale Wirtschaft und Institutionen im Land Niedersachsen. Eine gute Berufsorientierung und Berufsvorbereitung nach verbindlichen Standards an den Schulen könnte den Fachkräftemangel abfedern. Auch diese Standards müssen vom Land vorgegeben werden.

Mit welchen Mitteln würden Sie die Berufsorientierung an Schulen verbessern und Landesstandards entwickeln?

Durch eine bessere Verzahnung mit Unternehmen aus dem Umfeld der Schulen wollen wir eine ganzheitlichere Berufsorientierung fördern. Dazu können auch Handwerker*innen beitragen, die in der Schule arbeiten. Wichtig ist uns eine geschlechtersensible Berufsorientierung, weil immer noch bestimmte Berufsgruppen durch ein bestimmtes Geschlecht überrepräsentiert sind.

.....
Frage 10:

Schüler*innen und ihre Eltern sollten Sie wählen, weil ...

Weil wir GRÜNE die Sorgen und Nöte von Ihnen kennen. Wir wollen dafür sorgen, dass das Land wieder stärker in das wichtigste investiert, was wir haben: Unsere Kinder. Gleichzeitig machen wir Ihnen auch nichts vor, für etliche Probleme in der Bildungspolitik gibt es keine einfachen Lösungen. Wir wollen grundsätzlich die Weichen stellen, damit Chancengleichheit und Kindeswohl wieder im Mittelpunkt stehen. Dafür will ich mich weiterhin im Landtag einsetzen, Bitte unterstützen Sie mich mit Ihrer Stimme.